



Das Ende der GasNZV

Gasnetzanschluss für industrielle Biomethan-Anlagen zukunftsfähig gestalten

Vorschläge von Shell

Mit dem Auslaufen der GasNZV steht der regulatorische Rahmen für Biomethan-Anlagen auf der Kippe. Shell möchte dazu beitragen, einen zukunftsfähigen Rechtsrahmen zu schaffen, der wirtschaftlich sinnvolle Projekte ermöglicht und so die Dekarbonisierung und Versorgungssicherheit fördert. Shell bringt dazu internationale Erfahrung, industrielle Umsetzungskraft und ein tiefes Verständnis für die Transformationsbedarfe des Gasmarktes mit.

HINTERGRUND > Das Auslaufen der GasNZV steht Ende des Jahres bevor

Die GasNZV regelte bislang zentrale Privilegien für den Netzanschluss von Biomethananlagen – darunter den Anschlussvorrang, die Kostenteilung, die Mindestverfügbarkeit und den Ausbaanspruch. Mit dem Wegfall der GasNZV droht ein regulatorisches Vakuum. Die Privilegien sind ein zentraler Investitionsanreiz, gerade weil die Netzinfrastruktur für Biomethanprojekte oft angepasst werden muss. Ohne Nachfolgeregelung stehen Investitionen in neue Biomethan-Anlagen auf der Kippe, obwohl diese als verlässliche, speicherbare und flexibel einsetzbare grüne Energiequelle dringend benötigt werden.

PERSPEKTIVE > Industrielle Biomethan-Anlagen als Transformationsmotor

Shell steht aktuell davor, die ersten industriellen Biomethan-Anlagen in Deutschland zu errichten, die durch ihre Größe und Effizienz signifikante Mengen an erneuerbarem Gas produzieren können. Diese Großanlagen unterscheiden sich grundlegend von den heute in Deutschland

weit verbreiteten Biogas-Kleinanlagen: Mit einer Einspeisekapazität bis zu 2.000 nm³/h und jährlich rund 200 GWh Energie-Output pro Anlage eröffnen industriell skalierte Biomethan-Anlagen ein neues Kapitel technologisch fortschrittlicher Bioenergie-Gewinnung. Durch hochmodernen Anlagenbau werden zudem Methan-Emissionen minimiert und konsequent überwacht.

RISIKO > Ohne ausgewogene Nachfolgeregelung drohen Investitionsstopps

Ohne eine ausgewogene Nachfolgeregelung droht ein ungeordneter Bruch mit der bisherigen Praxis. Ohne Anschlussvorrang, ohne Mindestverfügbarkeit und ohne faire Kostenteilung würden die Marktbedingungen wegbrechen. Kalkulationsrisiken und Kostendruck würden massiv steigen. Das Risiko: Investitionsstopps für industrielle Biomethanprojekte. Projekte könnten allein am Netzanschluss scheitern. Dies wäre ein herber Rückschritt für grüne Gase, konträr zur Zielsetzung der Bundesregierung, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen und grüne Business Cases technologieoffen zu ermöglichen.

KONTEXT > Shell teilt die Stoßrichtung des BMW für einen neuen Rechtsrahmen

Das BMW hat im Rahmen seiner Vorhabenvorschläge für die 21. Legislatur bereits signalisiert: Biomethan soll weiterhin ins Gasnetz integriert werden – aber wirtschaftlich tragfähig. Finanzielle Privilegien sollen auslaufen, aber ein vorrangiger Netzanschluss grundsätzlich erhalten bleiben. Gleichzeitig soll vermieden werden, dass unwirtschaftliche Gasleitungen aufgrund einzelner Netzanschlüsse weiterbetrieben werden müssen. Das Ziel ist ein planungssicherer Rechtsrahmen im Kontext der Gasnetztransformation. Shell teilt diese Stoßrichtung – und schlägt eine ausgewogene Lösung vor.

VORSCHLAG > Qualifizierter Netzanschluss für industrielle Biomethan-Anlagen

Angesichts der hohen Anzahl an Anschlussbegehren ist der Netzanschluss von Biomethan kein Randthema mehr, sondern ein wichtiger Teil der Transformationsstrategie. Je mehr Biomethan-Anlagen ans Netz wollen, desto größer wird der Druck auf Investitionsbudgets, Betriebskosten und Netzentgelte. Den Anschlussvorrang und die Kostenteilung in diesem Umfeld unverändert zu erhalten, wäre weder ökonomisch noch politisch vertretbar.

Shell sieht, dass ein unbeschränkter Anschlussvorrang für jede Biogasanlage – unabhängig von Größe, Standort oder Einspeisemenge – langfristig zu Fehlanreizen führt. Auch aus unserer Sicht ist es nicht sinnvoll, wenn Netzbetreiber Infrastrukturmaßnahmen finanzieren müssen, die in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen.

Shell plädiert daher nicht für ein Festhalten an alten Privilegien, sondern für einen neuen Rechtsrahmen, der die Ziele des BMW aufgreift und als tragfähiger Kompromiss sowohl die Interessen der Netzbetreiber berücksichtigt als auch Investitionssicherheit für großtechnische Biomethanprojekte schafft.

Dieser neue Rahmen erhält zentrale Elemente aus der GasNZV, aber modernisiert sie im Sinne von Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit. Im Mittelpunkt steht dabei ein qualifizierter Netzanschluss mit fairer Kostenteilung, der Planungssicherheit für leistungsstarke, emissionsarme und technologisch fortschrittliche Biomethan-Anlagen bietet.

Unser Vorschlag umfasst die folgenden Parameter:

- **Anschlussvorrang:** Bleibt erhalten, aber nicht für alle, sondern als „qualifizierter Vorrang“, z.B. für Anlagen mit zertifizierter Mindest-Einspeisemenge oder bei nachgewiesener Kosteneffizienz
- **Kostenteilung:** Angepasst für mehr gegenseitige Fairness, z.B. 50 % Netzbetreiber + 50 % Erzeuger
- **Mindestverfügbarkeit und Ausbauanspruch:** Bleiben erhalten
- **Methan-Emissionen:** Anschluss wird nur modernen Anlagen mit minimalen Methan-Emissionen und konsequenter Überwachung gewährt
- **Technologieoffenheit:** Regulatorik ist offen für alle grünen Gase (z.B. Biomethan, Wasserstoff), die gleichberechtigt strukturelle Unterstützung erhalten
- **Standardisierung:** Bundesweit einheitlicher Netzanschlussprozess mit digitalisierten Anträgen und verbindlichen Fristen für effiziente, zügige Umsetzung

Mit diesen Vorschlägen wäre ein Interessenausgleich zwischen Netzbetreibern und Produzenten erreichbar: Die wirtschaftliche Effizienz wird durch Förderung größerer Einspeisepunkte gewährleistet. Gleichzeitig bestehen Investitionsanreize für industrielle Biomethan-Projekte.

AUSBLICK > Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hängt an Gasnetztransformation

Biomethan-Anlagen mit erheblichem Einspeisepotenzial und technischer Reife sollten auch in Zukunft zu wettbewerbsfähigen Bedingungen ans Gasnetz angeschlossen werden können. Für Shell bedarf es hierfür einer Priorisierung entlang nachvollziehbarer ökonomischer und ökologischer Kriterien.

Industriell skalierte Biomethan-Anlagen stellen Industrieprojekte mit langen Vorlaufzeiten und hohem Kapitaleinsatz dar. Für die Umsetzung solcher Projekte sind ein planungssicherer Rechtsrahmen und ein attraktives Geschäftsumfeld von essentieller Bedeutung. Durch gezielte Investitionsanreize – die es nun neu zu entwickeln gilt – können eben jene Biomethan-Anlagen realisiert werden, die für die Wärmewende, für die Verkehrswende und für die Transformation der Industrie in Deutschland eine Schlüsselrolle spielen.

Cautionary Note

The companies in which Shell plc directly and indirectly owns investments are separate legal entities. In this document "Shell", "Shell Group" and "Group" are sometimes used for convenience where references are made to Shell plc and its subsidiaries in general. Likewise, the words "we", "us" and "our" are also used to refer to Shell plc and its subsidiaries in general or to those who work for them. These terms are also used where no useful purpose is served by identifying the particular entity or entities. "Subsidiaries", "Shell subsidiaries" and "Shell companies" as used in this document refer to entities over which Shell plc either directly or indirectly has control. The term "joint venture", "joint operations", "joint arrangements", and "associates" may also be used to refer to a commercial arrangement in which Shell has a direct or indirect ownership interest with one or more parties. The term "Shell interest" is used for convenience to indicate the direct and/or indirect ownership interest held by Shell in an entity or unincorporated joint arrangement, after exclusion of all third-party interest.

Forward-Looking Statements

This document contains forward-looking statements (within the meaning of the U.S. Private Securities Litigation Reform Act of 1995) concerning the financial condition, results of operations and businesses of Shell. All statements other than statements of historical fact are, or may be deemed to be, forward-looking statements. Forward-looking statements are statements of future expectations that are based on management's current expectations and assumptions and involve known and unknown risks and uncertainties that could cause actual results, performance or events to differ materially from those expressed or implied in these statements. Forward-looking statements include, among other things, statements concerning the potential exposure of Shell to market risks and statements expressing management's expectations, beliefs, estimates, forecasts, projections and assumptions. These forward-looking statements are identified by their use of terms and phrases such as "aim"; "ambition"; "anticipate"; "believe"; "commit"; "commitment"; "could"; "estimate"; "expect"; "goals"; "intend"; "may"; "milestones"; "objectives"; "outlook"; "plan"; "probably"; "project"; "risks"; "schedule"; "seek"; "should"; "target"; "will"; "would" and similar terms and phrases. There are a number of factors that could affect the future operations of Shell and could cause those results to differ materially from those expressed in the forward-looking statements included in this document, including (without limitation): (a) price fluctuations in crude oil and natural gas; (b) changes in demand for Shell's products; (c) currency fluctuations; (d) drilling and production results; (e) reserves estimates; (f) loss of market share and industry competition; (g) environmental and physical risks; (h) risks associated with the identification of suitable potential acquisition properties and targets, and successful negotiation and completion of such transactions; (i) the risk of doing business in developing countries and countries subject to international sanctions; (j) legislative, judicial, fiscal and regulatory developments including regulatory measures addressing climate change; (k) economic and financial market conditions in various countries and regions; (l) political risks, including the risks of expropriation and renegotiation of the terms of contracts with governmental entities, delays or advancements in the approval of projects and delays in the reimbursement for shared costs; (m) risks associated with the impact of pandemics, such as the COVID-19 (coronavirus) outbreak, regional conflicts, such as the Russia-Ukraine war, and a significant cybersecurity breach; and (n) changes in trading conditions. No assurance is provided that future dividend payments will match or exceed previous dividend payments. All forward-looking statements contained in this document are expressly qualified in their entirety by the cautionary statements contained or referred to in this section. Readers should not place undue reliance on forward-looking statements. Additional risk factors that may affect future results are contained in Shell plc's Form 20-F for the year ended December 31, 2024 (available at www.shell.com/investors/news-and-filings/sec-filings.html and www.sec.gov). These risk factors also expressly qualify all forward-looking statements contained in this document and should be considered by the reader. Each forward-looking statement speaks only as of the date of this document, July 03, 2025. Neither Shell plc nor any of its subsidiaries undertake any obligation to publicly update or revise any forward-looking statement as a result of new information, future events or other information. In light of these risks, results could differ materially from those stated, implied or inferred from the forward-looking statements contained in this document.

Shell's Net Carbon Intensity

Also, in this document we may refer to Shell's "Net Carbon Intensity" (NCI), which includes Shell's carbon emissions from the production of our energy products, our suppliers' carbon emissions in supplying energy for that production and our customers' carbon emissions associated with their use of the energy products we sell. Shell's NCI also includes the emissions associated with the production and use of energy products produced by others which Shell purchases for resale. Shell only controls its own emissions. The use of the terms Shell's "Net Carbon Intensity" or NCI are for convenience only and not intended to suggest these emissions are those of Shell plc or its subsidiaries.

Shell's net-zero emissions target

Shell's operating plan, outlook and budgets are forecasted for a ten-year period and are updated every year. They reflect the current economic environment and what we can reasonably expect to see over the next ten years. Accordingly, they reflect our Scope 1, Scope 2 and NCI targets over the next ten years. However, Shell's operating plans cannot reflect our 2050 net-zero emissions target, as this target is currently outside our planning period. In the future, as society moves towards net-zero emissions, we expect Shell's operating plans to reflect this movement. However, if society is not net zero in 2050, as of today, there would be significant risk that Shell may not meet this target.

Forward-Looking non-GAAP measures

This document may contain certain forward-looking non-GAAP measures such as [cash capital expenditure] and [divestments]. We are unable to provide a reconciliation of these forward-looking non-GAAP measures to the most comparable GAAP financial measures because certain information needed to reconcile those non-GAAP measures to the most comparable GAAP financial measures is dependent on future events some of which are outside the control of Shell, such as oil and gas prices, interest rates and exchange rates. Moreover, estimating such GAAP measures with the required precision necessary to provide a meaningful reconciliation is extremely difficult and could not be accomplished without unreasonable effort. Non-GAAP measures in respect of future periods which cannot be reconciled to the most comparable GAAP financial measure are calculated in a manner which is consistent with the accounting policies applied in Shell plc's consolidated financial statements.

The contents of websites referred to in this document do not form part of this document.

We may have used certain terms, such as resources, in this document that the United States Securities and Exchange Commission (SEC) strictly prohibits us from including in our filings with the SEC. Investors are urged to consider closely the disclosure in our Form 20-F, File No 1-32575, available on the SEC website www.sec.gov.

Image credit: © Maksym Yemelyanov - stock.adobe.com